



Herr
Präsident des Nationalrates
Mag. Wolfgang Sobotka
Parlament
1017 Wien

HERBERT KICKL
HERRENGASSE 7
1010 WIEN
TEL +43-1 53126-901000
FAX +43-1 53126-2191
ministerbuero@bmi.gv.at

BMI-LR2220/0639-I/7/2018

Wien, am 5. Dezember 2018

Die Abgeordnete zum Nationalrat Eva Maria Holzleitner, BSC und Genossinnen und Genossen haben am 12. Oktober 2018 unter der Zahl 1991/J an mich eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend „Den Vorschlag für eine Richtlinie des Rates zur Ausarbeitung eines EU-Rückkehrausweises und zur Aufhebung des Beschlusses 96/409/GASP“ gerichtet.

Diese Anfrage beantworte ich nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt:

Fragen:

- 1. Wie lautet die Position Ihres Ressorts zum genannten Vorschlag insgesamt und zu dessen wesentlichsten Bestimmungen?*
- 2. Sind weitere Ressorts mit dem Vorschlag befasst?*
- 3. Stimmen Sie mit der Rechtsgrundlage des Vorschlags überein?*
- 4. Entspricht der Vorschlag den Grundsätzen der Subsidiarität und Verhältnismäßigkeit?*
- 5. Werden auf Grund des Vorschlages Änderungen an österreichischen Rechtsnormen erforderlich?*
 - a. Wenn ja: welche Bundesgesetze sind betroffen?*
- 6. Sind durch den Vorschlag Kompetenzen der Bundesländer betroffen?*
 - a. Wenn ja: auf Grund welcher Bestimmung(en) des Vorschlags?*
- 7. Enthält der Vorschlag Bestimmungen, die im österreichischen Recht nur durch Bundesverfassungsgesetz getroffen werden könnten?*
- 8. Wie ist die Position anderer Mitgliedstaaten zum Vorschlag?*

- 9. In welcher EU-Ratsformation wird der Vorschlag behandelt?*
- 10. In welchem vorbereitenden Gremium des Rates der EU wird der Vorschlag behandelt?*
- 11. Fanden bereits Sitzungen in diesem Gremium statt?*
- 12. Besteht ein Zeitplan für die Behandlung des Vorschlags?*
- 13. Welche Art von Gesetzgebungsverfahren kommt zur Anwendung?*

Die Beantwortung dieser Anfrage fällt nicht in den Vollzugsbereich des Bundesministeriums für Inneres.

Herbert Kickl

